

Meine erste Reise nach Myanmar war im November 2011 – ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt von Präsident Thein Sein und der Ankündigung von tiefgreifenden Reformen. Die Taxifahrt vom Flughafen zum Hotel am frühen Abend war mein erstes Erlebnis im Land und ist mir immer noch in sehr guter Erinnerung. Ich hatte einen sehr fröhlichen und Englisch sprechenden Taxifahrer, der sich mir sofort als Mr Kyaw vorstellte und mir während der Fahrt ausführlich vom Leben in Yangon erzählte. Es dauerte nicht lange und unser Gespräch schweifte zu politischen Themen. Ich war überrascht und fragte, ob wir wirklich offen über die Politik im Land reden können. Im Reiseführer hatte ich zuvor noch gelesen, es wäre besser, politische Themen zu meiden, gerade auch um die Einheimischen nicht in Gefahr zu bringen. Mr Kyaw wies mich lachend darauf hin, dass sein Taxi nicht abgehört werde und erklärte, dass jetzt ohnehin eine neue Zeit in Myanmar beginnen würde. Er war sehr optimistisch, dass sich das Land schnell entwickeln und es auch den „kleinen Leuten“ bald viel besser gehen würde als unter dem Militärregime.

Damals hat diese Taxifahrt nicht einmal 25 Minuten gedauert. Der Verkehr war übersichtlich und dominiert von ausrangierten Toyotas aus den 80er Jahren. Heute dauert die gleiche Fahrt mindestens 1,5 Stunden, oft aber auch doppelt so lange. Dafür aber kann man die Wartezeit im Stau in klimatisierten Taxis verbringen. Der Besucherstrom, ob Touristen oder Geschäftsreisende, hat sich in den letzten Jahren verzehnfacht. Zudem sind in den letzten vier Jahren knapp 500.000 Autos ins Land gekommen. Mr Kyaw hat mehr Kundschaft bekommen, aber auch mehr Wettbewerb und kann wegen dem enormen Verkehrsaufkommen wesentlich weniger Kunden bedienen. Die Aufbruchsstimmung von 2011 ist abgeflaut. Es werden eher Stimmen laut, die sich darüber beschweren, dass nur die ohnehin schon reiche Elite von der Öffnung profitiert.

Dies ist nur eine von sehr vielen kleinen Geschichten und Wahrnehmungen, die ich in den letzten Jahren bei meiner Arbeit in Myanmar erlebt habe. Diesen rasanten Prozess der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Veränderung in einem Entwicklungsland mitzuerleben, ist beeindruckend und prägend. Ihn aktiv durch die Projektarbeit zu begleiten, ist ein Privileg für mich. Kein Tag bei der Arbeit ist gleich. Der Tagesablauf ist immer geprägt davon, Lösungen für Probleme zu finden, die aus deutscher Sicht manchmal eher unwichtig erscheinen. Sich jedoch täglich in den besonders speziellen myanmarischen Kontext hineinzudenken und gemeinsam mit den lokalen Partnern Lösungen für Problemstellungen zu finden – das ist es, was mich an der Entwicklungszusammenarbeit fasziniert.

Achim Munz, Büroleiter in Yangon, Myanmar

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN MYANMAR: EIN „GOLDRAUSCH“

|| Achim Munz/ Michael Siegener

Nach jahrzehntelanger Militärherrschaft und Isolation befindet sich Myanmar heute in einem tiefgreifenden Reformprozess. Mit Beginn des Reformprozesses kam es zu einem rasanten Anwachsen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Früh äußerten Beobachter die Sorge, dass die gewaltigen finanziellen Mittel der EZ die Absorptionsfähigkeit Myanmars überfordern würden. Der vorliegende Artikel verfolgt daher das Ziel, die aktuellen Herausforderungen und Implikationen der EZ in Myanmar darzulegen und zu analysieren. Die Analyse dieser Probleme zeigt, dass die Einbeziehung lokaler Nichtregierungsorganisationen in die Projektzielsetzung der internationalen Geber sowie inklusive Konsultationsprozesse zwischen Gebern und myanmarischen Institutionen für ein nachhaltiges internationales Engagement unbedingt notwendig sind.

Entwicklungszusammenarbeit in Myanmar: Ein „Goldrausch“

Mit dem Amtsantritt von Präsident U Thein Sein im März 2011 begann ein ambitionierter Reformprozess in Myanmar. In seinem ersten Amtsjahr wurden unter anderem eine Vielzahl von politischen Gefangenen aus der Haft entlassen, ein Dialog mit Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi eingeleitet, weitreichende wirtschaftspolitische Reformen umgesetzt und die Pressezensur weitgehend aufgehoben.

Diese Reformen überraschten nicht nur die internationale Gemeinschaft, sondern auch langjährige Beobachter im Land. Quasi über Nacht wandelte sich Myanmar vom isolierten Paria-Staat zu einem Land der unbegrenzten Möglichkeiten für Unternehmen und internationale Akteure der Entwicklungszusammenarbeit.

Staatspräsidenten, Außenminister, Präsidenten internationaler Organisationen und Vorstandsvorsitzende multinationaler Unternehmen standen auf einmal Schlange, um mit den ehemaligen Generälen, die sich jetzt in zivilem Outfit und als Vertreter einer „disziplinierten Demokratie“ präsentierten, in der neuen Hauptstadt Nay Pyi Taw über erfolgsversprechende Kooperationen zu sprechen. Während die marode Infrastruktur und die teilweise bis in die Kolonialzeit zurückreichenden Gesetze schnelle Investitionen von Wirtschaftsunternehmen erschwerten, entstand in Myanmar mit der Aufhebung der Sanktionen in kurzer Zeit ein paradiesischer Spielplatz für Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Jede Organisation im Bereich der EZ, die etwas auf sich hielt, entsandte Delegationen und Heerscharen von Beratern, um schnellstmöglich eine Repräsentanz in Myanmar aufzubauen. Überall war die idealisierte Vorstellung zu vernehmen, in Myanmar einen Unterschied ausmachen zu wollen und zu können. Bei einer internen Umfrage der Weltbank gaben 2013 80 Prozent der Angestellten an, dass Myanmar die erste Wahl für eine Stelle sei.¹

Diese Wahrnehmung führte zu einem regelrechten „Goldrausch“ unter den Akteuren der internationalen EZ.² Beobachter sprachen gar von einer „*donor invasion*“.³ Im *Multi-dimensional Review of Myanmar* der OECD wird unter anderem der rasante Anstieg der Zahlungsströme der Geberländer dargestellt.⁴ Allein Japan als größter bilateraler Entwicklungspartner Myanmars hat beispielsweise 2013 für die darauffolgenden Jahre mehr als eine Milliarde US-Dollar Entwicklungshilfe zugesagt.⁵ Deutschland sagte seit 2012 46,8 Millionen Euro zu.⁶ Großbritanniens direkte Entwicklungshilfe wuchs seit 2013 jährlich um ungefähr 30 Prozent.⁷

Vor diesem Hintergrund wurden schon früh kritische Fragen aufgeworfen. Kelley Currie äußerte bereits Anfang 2012 die Sorge, dass politische Kernthemen wie Menschenrechte, Demokratisierung und Frieden von anderen EZ-Prioritäten überlagert werden würden.⁸ Lex Rieffel stellte das rapide Anwachsen von EZ-Geldern in Frage und veröffentlichte 2013 zu diesem Thema einen viel beachteten Artikel mit dem Titel „Too Much, Too Soon?“.⁹ Auch das lokale zivilgesellschaftliche Forum *Paung Ku* (Myanmarisch für „Brücke“) bezeichnete die EZ in einem Eintrag auf seiner Facebook-Seite im März 2015 gar als „Myanmar’s newest extractive industry“.¹⁰

Der vorliegende Artikel verfolgt deshalb das Ziel, die aktuellen Herausforderungen und Implikationen der rasant wachsenden EZ in Myanmar darzulegen und zu analysieren. Zum besseren Verständnis der komplexen Situation in Myanmar soll zunächst der Reformprozess, in dem sich Myanmar seit 2011 befindet und mit dem die internationale EZ konfrontiert ist, näher betrachtet werden. Die darauffolgende Darstellung der Implikationen der wachsenden EZ im Land schließt mit einer Handlungsempfehlung für Akteure der EZ ab.

Myanmars drei Reformprozesse

Die internationale Gemeinschaft schenkt dem tiefgreifenden Öffnungsprozess in My-

anmar große Beachtung. Die Berichterstattung unterschlägt dabei jedoch oft die Komplexität der Reformen, denn in der Realität handelt es sich um mindestens drei parallel laufende und sich gegenseitig beeinflussende Reformprozesse.

Zunächst ist der politisch-administrative Reformprozess von einer Militärdiktatur zu einer zivilen Regierung zu nennen. Dieser Prozess ist stark mit dem eingeleiteten Friedensprozess zwischen der burmesischen Armee *Tatmadaw* und den bewaffneten Gruppen der ethnischen Minderheiten verbunden. Gleichzeitig befindet sich Myanmar auch in einer tiefgreifenden ökonomischen Transformation von einer weitgehend isolierten und geschlossenen zu einer regional und international integrierten Volkswirtschaft.

Der politisch-administrative Reformprozess begann in der Theorie bereits 2003, als der spätere Geheimdienstchef und Premierminister General Khin Nyunt einen Sieben-Punkte-Plan zur Wiedereinführung der Demokratie präsentierte. Dieser sah unter anderem die Verabschiedung einer neuen Verfassung vor und sollte damit enden, dass gewählte Politiker die demokratische Zukunft des Landes gestalten. Mit der neuen Verfassung, die im Jahr 2008 kurz nach dem verheerenden Zyklon Nargis per fragwürdigem Volksentscheid in Kraft trat, und den von Unregelmäßigkeiten geprägten nationalen Wahlen 2010 war der Sieben-Punkte-Plan aus Regierungssicht weitgehend abgeschlossen.

Tatsächlich begann die politisch-administrative Transformation jedoch erst mit dem Amtsantritt von Präsident U Thein Sein im März 2011. In den ersten zwei Jahren der Regierung unter U Thein Sein waren beeindruckende Reformfortschritte zu beobachten. Diese politischen Reformen fanden ihren Höhepunkt in der Änderung des Wahlgesetzes und dem Erdrutschsieg der *National League for Democracy* (NLD) bei den Nachwahlen¹¹ im April 2012, bei denen die Partei der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi 43 der 45 zu vergebenden Parlamentsmandate gewann. Gemeinsam mit der

weitgehenden Aufhebung der Pressezensur und der Freilassung der meisten politischen Gefangenen ist das Ergebnis der Nachwahlen das sichtbarste politische Resultat des bisherigen politisch-administrativen Reformprozesses. Die Hoffnungen auf tiefergreifende Reformen, für die jedoch Verfassungsänderungen notwendig gewesen wären, wurden im Juni und Juli 2015 enttäuscht. Nach einem parlamentarischen Prozess, der über ein Jahr andauerte und zahlreiche Vorschläge für mögliche Verfassungsänderungen hervorbrachte, machte das Militär von seinem faktischen Vetorecht Gebrauch und ließ alle relevanten Verfassungsänderungen scheitern.¹² Dies setzte unter anderem den Hoffnungen ein Ende, dass Daw Aung San Suu Kyi nach den Wahlen am 8. November 2015 zur Präsidentin gewählt werden kann.¹³

Parallel zum politisch-administrativen Reformprozess verläuft der Friedensprozess. Dieser soll die seit 60 Jahren andauernden bewaffneten Konflikte zwischen den ethnischen Minderheiten und der burmesischen Bevölkerungsmehrheit nachhaltig beenden. Auch hier weckten schnelle Erfolge zu Beginn der Amtszeit von Präsident U Thein Sein große Hoffnungen. Exemplarisch dafür steht der historische Waffenstillstand mit der *Karen National Union* (KNU) im Januar 2012. Dieser beendete den Bürgerkrieg zwischen der Karen-Minderheit und der *Tatmadaw*, der als längster andauernder interner Konflikt der Welt galt. Das erklärte Ziel eines nationalen Waffenstillstands, der alle bewaffneten ethnischen Gruppen einbezieht, schien im März 2015 zum Greifen nah. In einer weltweit beachteten Zeremonie wurde ein erster Entwurf eines nationalen Waffenstillstandsabkommens von Regierungsvertretern und ethnischen Anführern unterzeichnet. Jedoch fordern die ethnischen Minderheiten weiterhin konkrete politische Zusagen vonseiten der Zentralregierung sowie ein klares Bekenntnis zu föderalen Reformen, die den ethnischen Minderheiten mehr Eigenständigkeit zugestehen würden.¹⁴ Mit konkreten politischen Zusagen tut sich jedoch insbesondere das Militär

schwer, wie die Verfassungsdiskussion um die Ernennung der *Chief Minister* (Ministerpräsidenten der Staaten und Regionen Myanmars)¹⁵ zeigte. Nahezu alle demokratischen Kräfte, inklusive der Mehrheit innerhalb der Regierungspartei *Union Solidarity and Development Party* (USDP), hatten eine Wahl der *Chief Minister* durch die Staats- und Regionalparlamente befürwortet.¹⁶ Das Militär blockierte jedoch die dazu notwendige Änderung von Artikel 261 der Verfassung, sodass es weiterhin dem Präsident vorbehalten bleibt, die *Chief Minister* der Staaten und Regionen Myanmars zu ernennen. Die Wahl der *Chief Minister* durch die subnationalen Parlamente stellt aber eine Schlüsselforderung der ethnischen Minderheiten dar und gilt als erster Schritt zu umfassenderen föderalen Reformen.¹⁷ Momentan finden vor diesem Hintergrund Verhandlungen für ein nationales Waffenstillstandsabkommen statt, welches noch vor den Wahlen am 8. November 2015 unterzeichnet werden soll.

Die politischen Reformen und der eingeleitete Friedensprozess gingen mit einer wirtschaftlichen Öffnung einher. Es gibt nahezu keinen Bericht über Wachstumsmärkte, in dem Myanmar nicht als Land mit enormem Potenzial gepriesen wird. Allerdings stellen die marode Infrastruktur, veraltete Gesetze und zunehmende Proteste gegen Megaprojekte wie Dämme und Kraftwerke eine große Herausforderung für potenzielle Investoren dar. Hinzu kommen das von Klientelismus und Patronage durchsetzte Wirtschaftsumfeld und die Schwierigkeit, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Aus diesen Gründen investieren noch viele ausländische Firmen nur vorsichtig in Myanmar, auch wenn es einige vielversprechende Erfolgsmeldungen zu verzeichnen gibt. Nachdem beispielsweise die Regierung im Jahr 2014 das jahrzehntelange Monopol von *Myanmar Post and Telecommunications* (MPT) im Telekommunikationssektor aufhob, vergab das *Ministry of Communication and Information Technology* (MoCIT) zwei Lizenzen an das norwegische Unternehmen *Telenor* und *Ooredoo* aus Katar. Dieser Li-

beralisierungprozess hatte enorme Auswirkungen auf die Menschen in Myanmar. Während Anfang des 21. Jahrhunderts SIM-Karten ungefähr 5.000 US-Dollar kosteten und auch noch 2014 kurz vor der Liberalisierung für circa 200 US-Dollar über die Ladentheke gingen, sind SIM-Karten heute für einen Großteil der Bevölkerung erschwinglich (ungefähr 1,50 US-Dollar).¹⁸ Trotz dieser beispielhaften Erfolgsgeschichte konzentrieren sich die bisherigen Investitionen noch immer überwiegend im Rohstoff- und Immobiliensektor, wovon bisher letztlich nur die reiche Oberschicht Myanmars profitiert. Die große Herausforderung für die mittel- und langfristige Zukunft Myanmars wird sein, die wirtschaftliche Entwicklung auf ein armuts- und breitenwirksames Wachstum zu konzentrieren.

Das Verständnis der drei beschriebenen Reformprozesse ist elementar, um die Herausforderungen und die Implikationen der wachsenden EZ in Myanmar in den richtigen Kontext zu setzen. Im folgenden Abschnitt sollen nun vier Probleme, die mit der rasant wachsenden EZ in Myanmar verbunden sind, diskutiert werden.

Implikationen der wachsenden EZ in Myanmar

- Der politisierte Kontext der EZ in Myanmar
- Die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu internationalen EZ-Akteuren
- Die eigenen Agenden und Prioritäten von EZ-Akteuren
- Der problematische Immobilienmarkt in Yangon

Der politisierte Kontext der EZ in Myanmar

Der Kontext, in dem EZ in Myanmar stattfindet, ist noch immer stark politisiert. Vor 2011 war durch die internationalen Sanktionen nahezu jegliche offizielle Unterstützung der Regierung unmöglich. Internationale Finanzinstitutionen, wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds, waren nicht im Land aktiv und die Vereinten

Nationen arbeiteten nur unter einem sehr restriktiven Mandat. Akteure der EZ sahen sich einer mächtigen Lobby von Exilburmesen und politischen Flüchtlingen sowie der Opposition um Daw Aung San Suu Kyi ausgesetzt, die regelmäßig eine Verschärfung der Sanktionen forderten und jegliche Kooperation mit der myanmarischen Regierung ablehnten.¹⁹ Der Großteil der begrenzten EZ im myanmarischen Kontext kam kleinen ethnischen Organisationen in den Konfliktregionen, insbesondere in der Grenzregion zu Thailand, zugute.²⁰ Die Empfängerorganisationen dieser Art von EZ waren meist in irgendeiner Weise mit bewaffneten ethnischen Gruppen verbunden, was wiederum das Misstrauen vonseiten der Regierung gegenüber EZ-Akteuren verstärkte.

Diese Form von EZ veränderte sich seit 2011 rasant. Durch die eingeleiteten Reformen war es nicht mehr verwerflich, mit der Regierung zu kooperieren. Ganz im Gegenteil. Wie in der Einleitung beschrieben, kam es bald zu einem regelrechten „Goldrausch“ der EZ in Myanmar. Wie jedoch in der Darstellung der Reformprozesse bereits deutlich aufgezeigt, sind die Reformen sehr stark von einem *top-down*-Verständnis geprägt. Dies birgt Risiken für EZ-Akteure. Donald Share prägte für Reformen, die von einem Regime selbst in Gang gesetzt werden, den Begriff „transition through transaction“.²¹ Einher mit einer solchen „transition through transaction“ geht die Annahme, dass die politischen Eliten willens und fähig sind Reformen umzusetzen.²² Jedoch treiben die politischen Eliten Reformen nur dann voran, wenn sie sicherstellen können, dass der Reformprozess nicht zur Gefahr für sie selbst wird. In einem solchen Kontext ist die Gefahr groß, dass EZ-Akteure zur Steigerung der Legitimation des eingeschlagenen Reformprozesses instrumentalisiert werden.²³

In Myanmar ist diese Gefahr vor allem in den (Post-) Konfliktregionen aktuell. Die myanmarische Regierung hat ein großes Interesse daran, insbesondere in Gebieten der ethnischen Minderheiten die zentralstaatlichen Strukturen und Kapazitäten zu stärken. Dies deckt sich mit der heute gän-

gigen Vorstellung, dass Armut und Unterentwicklung in erster Linie auf institutionelle Schwächen zurückzuführen sind.²⁴ Von dieser Vorstellung ausgehend, wurde in der Erklärung der Entwicklungspartnerschaft von Busan 2012 insbesondere postuliert, nationale Institutionen unter der Führung der jeweiligen Regierungen der Entwicklungsländer zu stärken.²⁵ In den (Post-) Konfliktregionen in Myanmar ist jedoch die Zentralregierung ein wesentlicher Teil des Konflikts. Wenn nun internationale EZ-Akteure in (Post-) Konfliktregionen die myanmarische Regierung dabei unterstützen, zentralstaatliche Institutionen in ethnischen Minderheitengebieten auszubauen, kann dies den Friedensprozess konterkarieren.

Der Ausbau von staatlichen Kapazitäten wird aufgrund der Konflikthistorie von den ethnischen Minderheiten als potenzielle Gefahr für ihre angestrebte Selbstbestimmung wahrgenommen. Die *Asia Foundation* führte 2014 im Rahmen einer Forschungsreihe Interviews mit ethnischen Vertretern in (Post-) Konfliktregionen, wie die sozialen Dienstleistungen in ihren Gebieten verbessert werden können. Dabei zeigten sich die Ängste der ethnischen Minderheiten deutlich. Diese betrachten die Entwicklungsvorhaben der EZ-Akteure als Kontrollinstrumente der myanmarischen Zentralregierung.²⁶ Explizit äußerten ethnische Vertreter ihr Misstrauen gegenüber internationalen Nicht-Regierungsorganisationen (INGOs), die aus ethnischer Sicht zu eng mit der Regierung verbunden seien.²⁷ Der Programmdirektor des *Local Resource Center*, welches die Aktivitäten lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen koordiniert, beklagt in diesem Kontext auch das mangelnde Verständnis von internationalen Akteuren hinsichtlich der Balance zwischen den rasant wachsenden EZ-Geldern und den seit 2014 weitgehend stagnierenden politischen Reformen.²⁸

Auch gegenüber wirtschaftlichen Entwicklungsvorhaben haben viele ethnische Vertreter eine kritische Haltung eingenommen. Exemplarisch hierfür steht ein Zitat eines führenden Vertreters der Zivilgesellschaft im Shan-Staat:

*„We have not been fighting against the Tatmadaw for sixty years in order to lose our land and watch our children become slaves on some industrial farm that benefits our rich neighbors and their friends in Naypyidaw“.*²⁹

Für Akteure der internationalen EZ, die in Myanmar (Post-) Konfliktregionen aktiv sind, ist es eine immense Herausforderung, einerseits offizielle Kooperationen mit der Regierung einzugehen und den Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen zu fördern und andererseits den Bedenken der ethnischen Minderheiten Rechnung zu tragen. Ein detailliertes Verständnis des komplexen myanmarischen Kontexts ist hierfür unumgänglich. Gleichzeitig sind für die Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten inklusive Konsultationsprozesse auf lokaler Ebene, die alle relevanten Akteure einbeziehen, notwendig. Dies ist ein sehr arbeits- und zeitaufwendiger Prozess. In Gebieten, in denen jedoch seit mehr als zwei Generationen Konflikte zum Alltag gehören, ist eine inklusive Vorgehensweise die einzige Möglichkeit, langsam Vertrauen aufzubauen.

Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu internationalen EZ-Akteuren

Nicht nur aufgrund des politisierten Kontexts in den (Post-) Konfliktregionen Myanmar sind die Bedingungen für effektive EZ herausfordernd. Während EZ-Akteure immer wieder die scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten zur Entwicklung in Myanmar anpreisen, liegen durch das rasante Anwachsen der EZ Tendenzen vor, die genau diese angestrebten Entwicklungsfortschritte erschweren.

Eine direkte Folge des „EZ-Goldrauschs“ in Myanmar seit 2011 ist die Knappheit von qualifizierten Fachkräften. Aufgrund der jahrzehntelangen Vernachlässigung des Bildungssektors und der Migration von talentierten jungen Leuten infolge von politischer Verfolgung gibt es nur wenige gut ausgebildete Fachkräfte in Myanmar. Um diese we-

nigen qualifizierten lokalen Angestellten ist ein enormer Wettbewerb entbrannt. Kelley Currie stellte bereits 2012 fest, dass seit 2011 jede myanmarische Arbeitskraft, die ein akzeptables Englisch spricht, zu einem begehrten Gut geworden sei.³⁰ Die Gehälter von qualifizierten lokalen Fachkräften stiegen in den letzten Jahren rapide. Für lokale Übersetzer (Englisch – Myanmar) werden inzwischen beispielsweise Honorare von bis zu 900 US-Dollar gezahlt – pro Tag. Für ein Land, welches gerade über die Einführung eines Tagesmindestlohns von umgerechnet ungefähr 3,20 US-Dollar diskutiert, ist das eine ungeheure Summe.

Internationale Akteure, die mit EZ-Geldern ausgestattet sind, können weit höhere Gehälter zahlen, als lokale Organisationen. Die Folge ist ein *brain drain* von lokalen Organisationen zu internationalen EZ-Akteuren.³¹ Dies betrifft Ministerien und andere staatliche Organisationen, ebenso wie Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppierungen. Das besonders Dramatische an dieser Situation ist die Tatsache, dass sich internationale EZ-Akteure in Myanmar regelmäßig über die begrenzten Kapazitäten ihrer lokalen Partner beschwerten. Das Nichterreichen von Projekt(teil)zielen wird vermehrt darauf zurückgeführt, dass die lokalen Partnerorganisationen nicht die notwendige Expertise und Kapazität aufbringen. Dass jedoch erst die Abwanderung der qualifizierten Kräfte zu internationalen Organisationen diese Situation entstehen ließen oder zumindest mitverursachten, verschweigen die meisten.

EZ-Akteure haben eigene Prioritäten und Agenden

Die Beziehung zwischen den internationalen Akteuren der EZ und lokalen myanmarischen Organisationen ist nicht nur hinsichtlich dieses *brain drains* ambivalent. Vermehrt wehren sich lokale myanmarische Organisationen gegen den Einfluss von internationalen Organisationen auf die entwicklungspolitische Agenda im Land.³² Die 2013 mit dem Ramon-Magsaysay-Preis aus-

gezeichnete myanmarische zivilgesellschaftliche Aktivistin Lahpai Seng Raw wandte sich diesbezüglich in einem bemerkenswerten Interview im Juli 2015 an die Öffentlichkeit:³³

„Too often local NGOs and community-based organizations are approached by big donors to implement their own pre-formulated programs according to their own agendas and foreign policies. These practices effectively exclude the local organizations and undercut local initiatives. [...] Frankly, as a person from an ethnic minority group, I never thought that we would have to fight for equality with our international donors, when, after all, they are the champions of democracy.“³⁴

Entwicklungsprojekte werden von internationalen Organisationen und deren Beratern formuliert. Lokale Organisationen spielen dabei in der Regel eine untergeordnete Rolle und werden allenfalls als lokale Partner zur Implementierung der konkreten Projekte herangezogen. Dieses *top-down*-Verständnis von Entwicklungspolitik resultiert in erster Linie in einem Abhängigkeitsverhältnis der lokalen Organisationen und verhindert lokale Trägerschaft der Projekte. Die Folge ist, dass Projekte oft an den lokalen Realitäten vorbeigehen. Exemplarisch deutlich wird das an einem Beispiel im Kayah-Staat. Im Jahr 2012 unterzeichneten die *Tatmadaw* und die im Kayah-Staat aktive *Karenni National Progressive Party* (KNPP) ein Waffenstillstandsabkommen. Finnland und Norwegen finanzierten daraufhin ein Projekt, um Flüchtlinge dabei zu unterstützen, in ihre Dörfer zurückzukehren. Die lokale NGO *Karenni Civil Society Network* (KCSN) äußerte jedoch heftige Kritik an diesem Projekt. Finnland, Norwegen und andere Geberländer hätten den Waffenstillstand als Vorwand genutzt, um gut aussehende und in ihre jeweiligen Portfolios passende Entwicklungsprojekte ins Leben zu rufen. Dabei würden die Geber jedoch die immer noch angespannte Sicherheitssituation vor Ort ignorieren.³⁵ Anstatt Flüchtlinge zu ermuti-

gen, in ihre Dörfer zurückzukehren bevor sich die Sicherheitssituation verbessert hat, sollten sich laut KCSN die EZ-Akteure besser dafür einsetzen, dass die Rechte der betroffenen Personen gewahrt würden.³⁶ Der Sprecher von KCSN bemängelte auch die unzureichenden Konsultationen mit der lokalen Bevölkerung und lokalen Organisationen im Vorfeld des Vorhabens.³⁷

Die durch dieses Beispiel verdeutlichte Problematik wird durch die zunehmende Überlagerung der EZ-Agenda durch außen- und wirtschaftspolitische Interessen der Geber-Länder oft noch verstärkt. Bestes Beispiel in diesem Zusammenhang ist der Wandel der norwegischen Entwicklungspolitik in Myanmar. Mit der Vergabe des Friedensnobelpreises an Daw Aung San Suu Kyi 1991 und der umfassenden Unterstützung des Radiosenders *Democratic Voice of Burma* sowie von Flüchtlingen entlang der thailändischen Grenze hatte sich Norwegen in der Vergangenheit den Ruf als größter Unterstützer der demokratischen Kräfte in Myanmar erarbeitet.

Dies hat sich jedoch in den letzten Jahren stark verändert. Ein ehemaliger Berater des norwegischen Außenministeriums stellte in einem Gespräch zu Jahresbeginn 2015 fest, dass sich Norwegens Politik gegenüber Myanmar seit 2011 von einem kompromisslosen Unterstützer der Opposition und der ethnischen Minoritäten zu einem Fokus auf wirtschaftliche Interessen gewandelt habe.³⁸ Dieser politische Wandel zahlte sich für norwegische Staatsunternehmen in Form von lukrativen Lizenzen aus. Wie bereits erwähnt, gewann das norwegische Unternehmen Telenor eine der zwei Telekommunikationslizenzen in Myanmar. Der Konzern Statoil, welcher ebenfalls mehrheitlich dem norwegischen Staat gehört, ergatterte außerdem die Rechte an einem 9.000 Quadratkilometer großen Gebiet vor der myanmarischen Küste. Während die Ausschreibungsverfahren für beide genannten Lizenzen liefen, ging der damalige Außenminister Espen Barth Eide so weit, die burmesische Regierung in ihrem

Standpunkt zu verteidigen, der muslimischen Minderheit der Rohingya staatsbürgerliche Rechte und Freiheiten vorzuenthalten.³⁹ Die myanmarische Regierung in Nay Pyi Taw nahm dies natürlich wohlwollend zur Kenntnis, da sie sich sonst regelmäßig internationaler Kritik hinsichtlich der Verfolgung der muslimischen Minderheit ausgesetzt sieht.

Auch der Wechsel einiger norwegischer Topdiplomaten in die Privatwirtschaft ist Gegenstand von teilweise heftiger Kritik. Katja Nordgaard war zwischen 2010 und 2014 Norwegens Botschafterin in Myanmar. In diese Zeit fällt der bemerkenswerte Politikwandel Norwegens gegenüber Myanmar. Nordgaard brachte 2012 erstmals eine Telenor-Delegation nach Myanmar und ermöglichte der Delegation den Kontakt zu hochrangigen myanmarischen Regierungsvertretern. 2014 erfolgte ihr Wechsel zu Telenor als *Head of Corporate Affairs*. Der Direktor von *Burma Campaign UK* Mark Farmaner kommentiert dies mit den folgenden Worten:

„Now we see an ambassador who played a key role in reversing Norway’s policy of prioritizing human rights also reaping the financial benefits of cozying up to the Burmese government.“⁴⁰

Neben den ethischen Bedenken sendet ein solcher Wechsel auch fragwürdige Signale an die stark unterbezahlten myanmarischen Beamten.⁴¹ Insbesondere, da Nordgaard kein Einzelfall ist. Der ehemalige norwegische Vizeaußenminister Torgeir Larsen war während seiner Amtszeit mehrfach in Myanmar. In diese Zeit fielen auch hochrangige Treffen zwischen Statoil und dem später wegen Korruptionsvorwürfen vom Amt entbundenen myanmarischen Energieminister U Than Htay. Heute ist Larsen als *Specialist for Government Relations and Public Affairs for International Operations* für Statoil tätig.⁴²

Auch andere Geberländer vermischen ihre entwicklungspolitischen Ziele mit wirt-

schaftspolitischen Erwägungen. Das norwegische Beispiel zeigt jedoch besonders deutlich, wie die EZ-Agenda von anderen Prioritäten überlagert werden kann. Die internationalen EZ-Akteure bringen ihre eigenen Agenden und administrativen Prozesse mit nach Myanmar und sind zudem oft noch an die außen- und wirtschaftspolitische Prioritätensetzung der jeweiligen Regierungen der Geber-Länder gebunden.

Der problematische Immobilienmarkt in Yangon

Wenn Akteure der internationalen EZ in Myanmar aktiv werden, bringen sie im Handgepäck nicht nur ihre eigenen Agenden mit, sondern benötigen auch geeigneten Büro- und Wohnraum für sich und ihre Angestellten. Aufgrund fehlender Investitionen in den vergangenen Jahrzehnten gibt es allerdings nur sehr wenig Büro- und Wohnkapazitäten, die für internationale Akteure geeignet sind. Mit der in der Einleitung beschriebenen „*donor invasion*“ explodierten seit 2011 die Preise für Immobilien in Myanmars ehemaliger Hauptstadt Yangon. Zwischen 2012 und 2014 verfünffachten sich die Preise für Mieten und Land in Yangon.⁴³ Selbstverständlich ist dieser Anstieg nicht alleine auf das Anwachsen der EZ zurückzuführen, jedoch spielen die zahllosen EZ-Akteure, die seit 2011 ins Land kamen, unzweifelhaft eine Rolle bei dieser Entwicklung.

Besonders dramatisch an dieser Entwicklung ist die Tatsache, dass genau jene Personen von dieser Preisexplosion profitieren, die hauptverantwortlich für den Entwicklungsrückstand Myanmars sind. Schätzungen zufolge befinden sich 60 Prozent von Yangons Immobilien im Besitz einiger weniger Individuen, die eng mit dem herrschenden Regime der Vergangenheit verbunden sind.⁴⁴ Diese Ausgangslage hat dazu geführt, dass Myanmars alte Eliten nun die ersten sind, die vom „Goldrausch“ profitieren.

Dass es auch Alternativen gibt, zeigen Vorschläge von zivilgesellschaftlichen Ver-

tretern in Yangon. Der politische Analyst U Kyaw Lin Oo schlägt beispielsweise vor, dass internationale EZ-Akteure die seit dem Umzug der Hauptstadt nach Nay Pyi Taw weitgehend verlassenen Ministerialgebäude nutzen könnten. Die internationalen Organisationen könnten auf eigene Kosten die Gebäude renovieren und daraufhin langfristige Verträge zu sehr günstigen Konditionen bekommen. Dies würde laut U Kyaw Lin Oo sowohl den internationalen Organisationen die exorbitanten und moralisch fragwürdigen Mieten ersparen als auch der Regierung die Gelegenheit geben, die alten Ministerialgebäude aufzuwerten.⁴⁵

Projekte der HSS

Seit 1994 ist die HSS in Myanmar in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv und konnte 2012 als erste deutsche politische Stiftung ein Büro in Yangon eröffnen. Die Projektziele umfassen die Förderung von rechtsstaatlichen und demokratischen Verfahren und Institutionen, sowie die Unterstützung für eine gerechte und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Drittes Projektziel ist die Förderung der ASEAN-Integration Myanmars.

Im Rahmen der Stärkung demokratischer Prozesse kooperiert die HSS unter anderem mit der zivilgesellschaftlichen Vereinigung *Myanmar People Forum Working Group (MPFWG)*. Gemeinsam mit der MPFWG organisiert die HSS lokale Foren für zivilgesellschaftliche Akteure. Diese Foren finden auf subnationaler sowie auf nationaler Ebene statt. Den Teilnehmern wird mit den Foren eine Plattform geboten, um Herausforderungen unter den Oberthemen Demokratisierung, Friedensförderung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Menschenrechte zu diskutieren. Die Ergebnisse der Foren werden dann in konkrete Politikempfehlungen zusammengefasst, die dann mit der myanmarischen Regierung (bzw. den Staatsregierungen) diskutiert werden.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:
www.hss.de/myanmar/en

Schlussfolgerung und Empfehlung

Der vorliegende Artikel verfolgte das Ziel, die aktuellen Herausforderungen und Implikationen der rasant wachsenden EZ in Myanmar darzustellen und zu analysieren. Dafür wurde der Kontext beschrieben, in dem EZ in Myanmar aktuell stattfindet und vier Probleme aufgegriffen, die mit der wachsenden EZ einhergehen.

Die Konzentration auf die Probleme mag den Eindruck einer Universalkritik an der EZ in Myanmar erweckt haben. Dies ist allerdings keineswegs der Fall. Der Fokus auf die Herausforderungen und Negativbeispiele sollte nicht von der Tatsache ablenken, dass es viele erfolgreiche Projekte im Land gibt und dass gute und effektive EZ in Myanmar unbedingt notwendig ist. Erste Schritte zu einer effektiveren EZ in Myanmar sind bereits getan. So findet seit 2013 ein jährliches Entwicklungsforum zur besseren Koordination der EZ statt. Die myanmarische Regierung lädt hierbei die Entwicklungspartner ein und stellt im Dialog mit den EZ-Akteuren ihre entwicklungspolitischen Prioritäten, Ziele und Herausforderungen vor. Auch werden mindestens alle sechs Monate sektorspezifische Entwicklungsforen organisiert. Diese Mechanismen tragen dazu bei, die Aktivitäten der Geber zu koordinieren, Dopplungen zu vermeiden und Synergien zu nutzen. Auch unterstützen die Entwicklungsforen die myanmarische Regierung in ihrem Bemühen, selbst die Entwicklungsagenda für das Land zu bestimmen.

Dies ist im Einklang mit dem ersten Prinzip der *Paris Declaration on Aid Effectiveness*, welches verstärkte lokale Trägerschaft von EZ-Projekten fordert. Lokale Trägerschaft im myanmarischen Kontext kann jedoch nicht allein heißen, dass die Regierung ihre eigenen entwicklungspolitischen Prioritäten benennt. Dies haben die Ausführungen zum politisierten Kontext in Myanmar deutlich gemacht. Es kommt auf einen inklusiven Prozess an, der myanmarische Akteure auf lokaler Ebene bei der Formulierung, Vorbereitung, Durchführung und Evaluation von

Entwicklungsprojekten einbezieht. Um beispielsweise den herausfordernden und politisierten Kontext in Myanmar (Post-) Konfliktregionen zu meistern, ist es zunächst notwendig, bei lokalen Akteuren Vertrauen aufzubauen. Dies ist nur mit einer inklusiven Vorgehensweise möglich (siehe Abschnitt „Der politisierte Kontext der EZ in Myanmar“).

Konsultationen mit lokalen Akteuren können sicherstellen, dass sich EZ-Vorhaben wirklich an den lokalen Bedürfnissen orientieren und nicht schlicht eine vorgegebene Agenda von internationalen Akteuren implementieren (siehe Abschnitt „Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu internationalen EZ-Akteuren“). Des Weiteren kann eine offene Kommunikation zwischen den relevanten Akteuren verhindern, dass es zu einem weiteren *brain drain* von lokalen Organisationen zu internationalen EZ-Akteuren kommt. Hierzu gehört auch ein Stopp des Abwerbens von qualifizierten lokalen Kräften aus dem myanmarischen öffentlichen Dienst oder von anderen lokalen Organisationen (siehe Abschnitt „EZ-Akteure haben eigene Prioritäten und Agenden“). Inwieweit eine inklusivere Vorgehensweise der Problematik hinsichtlich des Immobilienmarktes Einhalt gebieten kann, ist fraglich. Jedoch könnten von lokalen Akteuren vorgeschlagene Alternativen zumindest in Betracht gezogen werden (siehe Abschnitt „Der problematische Immobilienmarkt in Yangon“).

Lokale Trägerschaft bedeutet insbesondere auch, dass die myanmarische Zivilgesellschaft befähigt wird, sowohl die myanmarische Regierung als auch die internationalen EZ-Akteure für ihre Aktivitäten zur Rechenschaft zu ziehen. Dafür ist eine Interaktion auf Augenhöhe zwischen lokalen Organisationen und den internationalen Gebern notwendig. Nur bei einer Interaktion auf Augenhöhe kann es ein Geben und Nehmen in der Entwicklungszusammenarbeit geben. In diesem Sinne stimmen die Autoren mit der bereits zitierten Ramon-

Magsaysay-Preisträgerin Lahpai Seng Raw überein:

„It is time for international agencies to acknowledge the local NGOs and work hand in hand with them on joint strategies and in mutual recognition“.⁴⁶

|| Achim Munz

Büroleiter Myanmar

|| Michael Siegner

Programmkraft Myanmar

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Rieffel, Lex/ Fox, James W. (2013): Too Much, Too Soon? - The Dilemma of Foreign Aid to Myanmar/Burma, Arlington, Vereinigte Staaten von Amerika, S. 3.
- 2 Vgl. Alluri, Rina M. et al. (2014): Working in and on Myanmar: reflections on a „light footprint“ approach, Bern, Schweiz, S. 6.
- 3 McCarty, Adam (2012): Managing the donor invasion, in: The Myanmar Times, 13.2.2012, URL <http://www.mmtimes.com/index.php/opinion/1080-managing-the-donor-invasion.html?start=2> [07.07.2015].
- 4 Vgl. OECD (2014): Multi-dimensional Review of Myanmar: Volume 2. In-depth Analysis and Recommendations, Paris, S. 151ff.
- 5 Vgl. Ebd. S. 154.
- 6 Vgl. BMZ (2015): Situation und Zusammenarbeit; URL http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/asien/myanmar/zusammenarbeit/index.html [09.09.2015].
- 7 Vgl. Solomon, Feliz (2015): UK to Increase Aid Amid „Worrying“ Human Rights Concerns, in: The Irrawaddy, 13.03.2015, URL <http://www.irrawaddy.org/burma/uk-to-increase-aid-amid-worrying-human-rights-concerns.html> [07.07.2015].
- 8 Vgl. Currie, Kelley (2012): Burma in the Balance: The Role of Foreign Assistance in Supporting Burma's Democratic Transition, S. 71, URL http://project2049.net/documents/burma_in_the_balance_currie.pdf [07.07.2015].
- 9 Vgl. Rieffel/ Fox: (2013).
- 10 Desmond, Matt via Paung Ku Facebook Forum (2015): Donor-civil society consultation as Myanmar's newest 'extractive industry', URL <https://www.facebook.com/PaungKu/posts/834228623315178> [07.07.2015].
- 11 Die Nachwahlen wurden notwendig, da Abgeordnete aus 46 Wahlkreisen in Regierungspositionen aufgerückt waren und laut myanmarischer Verfassung ein Parlaments- und Regierungsmandat unvereinbar sind und daher die Mandate neu vergeben werden mussten.
- 12 Laut der geltenden Verfassung von 2008 sind 25 Prozent der Sitze im Nationalen Parlament dem Militär vorbehalten (vgl. Artikel 109 und 141). Durch die Tatsache, dass für eine Verfassungsänderung neben einem Vetorecht bei Verfassungsänderungen (vgl. Artikel 436a).
- 13 Laut Artikel 59f der Verfassung werden Präsidentschaftskandidaten, deren Eltern, Ehepartner oder Kinder eine ausländische Staatsbürgerschaft halten, disqualifiziert. Sowohl der verstorbene Ehemann von Daw Aung San Suu Kyi als auch ihre Söhne sind (bzw. waren) britische Staatsbürger.
- 14 Auf einem Gipfeltreffen der bewaffneten ethnischen Minderheiten in Law Khee Lar (Kayin State) im Juni 2015 forderten die Delegierten einige Veränderungen am ursprünglichen Entwurf des nationalen Waffenstillstandsabkommens. Insbesondere wollen die Minderheiten kein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnen, welches einzelne bewaffnete Gruppen außen vor lässt. Dagegen sträubt sich die Regierung, weswegen ihr Vertreter der ethnischen Minderheiten eine „Teile und Herrsche“-Strategie vorwerfen (siehe hierzu auch: Lone, Wa; Lwin, Ei Ei Toe (2015): Fresh blow to ceasefire prospects, in: The Myanmar Times, 09.06.2015, URL <http://www.mmtimes.com/index.php/national-news/14937-fresh-blow-to-ceasefire-prospects.html> [07.07.2015].).

- 15 Auf der subnationalen Ebene in Myanmar gibt es Staaten und Regionen. Diese unterscheiden sich lediglich vom Namen her. Staaten werden jene subnationalen Einheiten genannt, die mehrheitlich von ethnischen Minderheiten bewohnt werden. Dagegen heißen jene Gebiete Regionen, die mehrheitlich von der burmesischen Bevölkerungsmehrheit (den Bamar) besiedelt sind.
- 16 Vgl. Snaing, Yen (2015): Charter Push for Decentralization, Stronger Parliament Falters, in: *The Irrawaddy*, 09.06.2015, URL <http://www.irrawaddy.org/burma/charter-push-for-decentralization-stronger-parliament-falters.html> [07.07.2015].
- 17 Für eine ausführliche Diskussion zu den Positionen der unterschiedlichen Akteure hinsichtlich föderaler Reformen, vgl. Munz, Achim/ Siegner, Michael (2013): *Federalism in Myanmar: Status Quo, Positions and Outlook*, in: *Federalism in Asia and Beyond: The Wildbad Kreuth Federalism Days 2012 - Models, Best Practices and New Challenges*, hrsg. Bühler, Hanns/Hegemer, Christian J., München, S.291ff.
- 18 Für eine Darstellung der Liberalisierung des Telekommunikationssektors in Myanmar, siehe Hook, David/Ninh, Kim N.B./ Than, Tin Maung (2015): *Conceptualizing Public Sector Reform in Myanmar*, Yangon, Myanmar, The Asia Foundation, S. 37.
- 19 Vgl. Igboemeka, Adaeze (2005): *Aid Effectiveness in Burma/Myanmar: Study on Development Agency Perceptions*, S. 11, URL <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk> und URL www.dfid.gov.uk/mdg/aid-effectiveness/newsletters/burma-report.pdf [07.07.2015].
- 20 Vgl. Jollife, Kim (2014): *Ethnic Conflict and Social Services in Myanmar's Contested Regions*, Yangon, Myanmar, The Asia Foundation, S. 23.
- 21 Share, Donald (1987): *Transitions to Democracy and Transition through Transaction in: Comparative Political Studies 4/1987*, S. 525–548.
- 22 Vgl. Ebd. S. 533.
- 23 Vgl. Currie, Kelley (2012): S. 43.
- 24 Vgl. Acemoglu, Daron/ Robinson, James A. (2012): *Why nations fail: The origins of power, prosperity, and poverty*, New York.
- 25 Vgl. Fourth High Level Forum on Aid Effectiveness (2011): *Busan Partnership for Effective Development Cooperation*, URL <http://www.oecd.org/development/effectiveness/49650173.pdf> [07.07.2015].
- 26 Vgl. Jollife, Kim (2014): S. 27.
- 27 Vgl. Ebd.
- 28 Vgl. Patteran, Dani (2014): *Foreign aid in Myanmar: a precarious balance*, URL <https://www.devex.com/news/foreign-aid-in-myanmar-a-precarious-balance-83521>, [07.07.2015].
- 29 Currie, Kelley (2012): S. 45.
- 30 Vgl. Ebd. S. 58.
- 31 Vgl. Alluri, Rina M. et al. (2014): S. 9.
- 32 Vgl. Rosenkranz, Rolf; Santos, Lean Alfred, (2015): *Charting Myanmar's development future*, URL <https://www.devex.com/news/charting-myanmar-s-development-future-85439> [07.07.2015].
- 33 Der Ramon-Magsaysay-Preis gilt als der asiatische Friedensnobelpreis. Er wurde nach dem ehemaligen philippinischen Präsidenten Ramon Magsaysay benannt und wird in den Kategorien "Government Service" (GS), "Public Service" (PS), "Community Leadership" (CL), "Journalism, Literature, and the Creative Communication Arts" (JLCCA), "Peace and International Understanding" (PIU) und seit 2001 auch für "Emergent Leadership" (EL) verliehen.
- 34 Raw, Lahpai Seng (2015): *Doing Aid Better*, in: *The Irrawaddy* 06/2015: S.22-24.
- 35 Vgl. Martov, Seamus (2015a): *Finland Defends Controversial Aid Project in Karenni State*, in: *The Irrawaddy*, 09.01.2015.
- 36 Vgl. Ebd.
- 37 Vgl. Ebd.
- 38 Vgl. Interview der Autoren, durchgeführt im Februar 2015 (der Gesprächspartner bestand auf Vertraulichkeit).
- 39 Vgl. Martov, Seamus (2015b): *Former Norway Envoy's Telenor Move Raises Eyebrows*, in: *The Irrawaddy*, 02.06.2015, URL <http://www.irrawaddy.org/business/former-norway-envoys-telenor-move-raises-eyebrows.html> [07.07.2015].
- 40 Ebd.
- 41 Beispielsweise verdient ein Director General im myanmarischen öffentlichen Dienst seit einer signifikanten Gehaltserhöhung im März 2015 umgerechnet monatlich ungefähr 390 Euro (vgl. Hook et al. 2015: S. 26). Die Position des Director Generals ist direkt unter dem eines Vizeministers angesiedelt und ist die höchste unpolitische Position in Myanmar's öffentlichem Dienst.
- 42 Vgl. Martov, Seamus (2015b).
- 43 Vgl. Wharton University of Pennsylvania (2014): *Myanmar: Has the „Frontier' Economy's Time Finally Arrived?*, 22.07.2014, URL <http://knowledge.wharton.upenn.edu/article/rushing-myanmar-will-foreign-investments-pay/> [07.07.2015].
- 44 Vgl. Zaw, Aung (2014): *Trickle down*, in: *The Irrawaddy*, 13.08.2014, URL <http://www.irrawaddy.org/magazine/trickle-town.html#gallery/page/2> [07.07.2015].
- 45 Interview mit U Kyaw Lin Oo, Juni 2015.
- 46 Raw, Lahpai Seng (2015): S. 22.